

Deutschland-Balingen: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 208/2023 27/10/2023

**Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen**

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Zollernalbkreis

Postanschrift: Hirschbergstr. 29

Ort: Balingen

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Postleitzahl: 72336

Land: Deutschland

E-Mail: zollernalb-klinikum-brandschutz@menoldbezler.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.zollernalbkreis.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Landkreis Zollernalbkreis - Europaweite Vergabe von Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz für den Neubau des Zollernalb Klinikums im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

Referenznummer der Bekanntmachung: 2022/3504

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Europaweite Vergabe von Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz für den Neubau des Zollernalb Klinikums im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

II.1.6.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Hauptort der Ausführung: Balingen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Zollernalbkreis als Gesellschafter der Zollernalb Klinikum gGmbH plant die beiden getrennten Klinikstandorte Albstadt und Balingen in einem Zentralklinikum mit 468 Planbetten im Gebiet Firstäcker an der B 463 bei Balingen-Dürrwangen liegend zusammenzuführen. Auf einer Fläche von ca. 9 Hektar wird ein Gesundheitscampus mit ganzheitlichem medizinischem Leistungsspektrum für die Menschen in der Region Zollern-Alb entstehen. Herzstück dieses Campus wird der Neubau des Zollernalb Klinikums, welcher die zentrale Funktion der Gesundheitsversorgung für den Zollernalbkreis übernehmen wird. Das Klinikum verfügt über die wesentlichen medizinischen Fachbereiche mit der Ausstattung für den operativen- und konservativen Bereich, der Notfall- und Intensivmedizin, Mutter-Kind-Zentrum, diagnostischen Verfahren, in sekundären und tertiären Dienstleistungs- und Servicebereichen. Auf dem Gelände werden weitere medizinische Versorgungsbereiche angesiedelt. Die räumliche Standortnähe ermöglicht neue Kooperationen und Synergien, um die Gesundheitsversorgung der Patienten zielgerichtet und wirtschaftlich gewährleisten zu können. Des Weiteren sollen auf dem Gelände die Akademie für Gesundheitsberufe, alle erforderlichen Nebengebäude und ein Betriebskindergarten gebaut werden.

Das prognostizierte Investitionsvolumen liegt bei ca. EUR 400 Millionen brutto.

Der zu planende Klinikneubau wird voraussichtlich eine Nutzfläche von ca. 29.000 m² (Stand 06/2022) umfassen. Außerdem sollen 500 Stellplätze bereitgestellt und ein Hubschrauber-Landeplatz vorgesehen werden.

Es ist beabsichtigt, das Projekt mit der Building Information Modeling (BIM)-Methode zu realisieren.

Die Gebäude und die Infrastruktur des gesamten Gesundheitscampus müssen in Bezug auf Nachhaltigkeit, maximale Energieeffizienz, wirtschaftlichen und ökologischen Umgang mit Ressourcen (Baumaterialien, Energieerzeugung, Abfallentsorgung, Betrieb und Instandhaltung etc.) sowie Behaglichkeitskriterien für Patienten und Mitarbeiter im gesamten Planungs- und Bauprozess betrachtet werden. Die Vergabestelle strebt eine Zertifizierung nach DGNB-Standard, LEED, Breeam, Green-Hospital etc. ausdrücklich an; welche der Zertifizierungssysteme zur Anwendung kommen, soll zusammen mit den Projekt-/Planungsbeteiligten im Rahmen der Vorplanung definiert werden.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz nach AHO Heft Nr. 17 "Leistungen für Brandschutz".

Es ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 1 bis 5 sowie 8 und 9 beabsichtigt.

Ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

- Stufe 1: LP 1 bis 4 AHO Heft Nr. 17

- Stufe 2: LP 5 sowie 8 bis 9 AHO Heft Nr. 17

Für die folgenden Gebäude:

- Klinikums-Hauptgebäude

- Übergangspflege

- Kassenärztliche Notfallpraxis KV
- MVZ Praxen
- MVZ Praxen/Unterst. Maßnahmen
- Energiezentrale

ist die Beauftragung der Stufe 1 (LP 1 bis 4 AHO Heft Nr. 17) vorgesehen sowie optional die weiteren oben genannten Stufe 2.

Die Gebäude

- Strahlentherapie,
- KPP Klinik Psychiatrie/Psychotherapie,
- KJP Kinder-/Jugendpsychiatrie,
- Rettungswache Rotes Kreuz
- Ausbildung/Schule,
- Betriebskindergarten,
- Wohnen Personal
- Hochgarage

sind nicht Gegenstand der Planungsleistungen.

Die weiteren Planungsbeteiligten werden derzeit in separaten VgV-Verfahren ausgewählt.

Nähere Informationen zum Leistungsgegenstand erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Vorgehensweise für die stufenweise Erarbeitung eines Brandschutzkonzepts / Gewichtung: 150 Punkte

Qualitätskriterium - Name: Personalkonzept inkl. Qualifikation und Erfahrung des Planungsteams / Gewichtung: 150 Punkte

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Vorgehensweise bei der Objektüberwachung und Dokumentation sowie Erstellung und Abstimmung der Brandfallsteuermatrix / Gewichtung: 200 Punkte

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Vorgehensweise bei der Erarbeitung des Evakuierungskonzepts und von Rauch-/ Brand- und Räumungssimulationen / Gewichtung: 100 Punkte

Preis - Gewichtung: 400 Punkte

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8.

Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 036-106940](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

24/07/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Sinfiro GmbH & Co. KG

Postanschrift: Ebertstr. 2

Ort: Balingen

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Postleitzahl: 72336

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Ursprünglich veranschlagter Gesamtwert des Auftrags/des Loses: 1,00 EUR

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 1,00 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bei den Angaben unter den Ziffern II.1.7) und V.2.4) handelt es sich um auszufüllende Pflichtfelder. Aus Gründen der Geheimhaltung sind hier fiktive Werte eingetragen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZ6731

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land: Deutschland
Fax: +49 721926-3985
Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

24/10/2023

